

Bildungspolitische Lehrstunde aus Vorarlberg

Nach den eindeutigen Ergebnissen einer breiten Studie hat sich Vorarlberg von der Zweigliedrigkeit verabschiedet und für eine gemeinsame Schule bis Klasse 8 entschieden. Die Entscheidung fiel parteiübergreifend. Ein Vorbild für Baden-Württemberg?

Nach über 50-jähriger Erfahrung mit der praktizierten Zweigliedrigkeit und einer zunehmenden Selektionsproblematik, lodert in Österreich seit Jahren der Streit um die flächendeckende Einführung einer gemeinsamen Schule für alle 10- bis 14-Jährigen. Die bildungspolitische Landschaft Österreichs ist vergleichbar mit der deutschen: ÖVP (vergleichbar mit der CDU) und FPÖ stehen für die frühe Trennung nach Klasse 4 in zwei Schularten, SPÖ und Grüne für ein längeres gemeinsames Lernen.

Nun hat das Land Vorarlberg in diesem Streit eine einschneidende Entscheidung getroffen. Die gemeinsame Schule für 10- bis 14-Jährige soll flächendeckend eingeführt werden. Und zwar mittelfristig, wie Schullandesrätin Bernadette Mennel (ÖVP) bei der Präsentation eines Forschungsberichts zur gemeinsamen Schule ankündigte. Es sei mit acht bis zehn Jahren bis zur Umsetzung zu rechnen. Das Ziel: Chancengleichheit und bessere Leistungen.

Forschungsprojekt mit eindeutigem Ergebnis

Basis der Vorarlberger Entscheidung ist das Forschungsprojekt „Schule der 10- bis 14-Jährigen in Vorarlberg“. Das Projekt hat die damals alleinregierende ÖVP 2013 in Auftrag gegeben. Bestehende Modelle der Sekundarstufe 1 (fünfte bis achte Schulstufe) wurden von einer Expertengruppe der Universität Innsbruck, der Pädagogischen Hochschulen Vorarlberg und St. Gallen (Schweiz) sowie der Landesverwaltung in einer bislang noch nie dagewesenen Breite und Tiefe analysiert. Ergebnisoffen wurden Möglichkeiten der Weiterentwicklung erarbeitet.

Das Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit ist eindeutig: Die frühe Bildungswegentscheidung mit neun oder zehn Jahren mindert die Chancen der Kinder auf eine Schullaufbahn, die ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Die Verschiebung der Entscheidung zielt darauf ab, den Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds des Elternhauses zu verringern, ergab die Studie.

Die Einstufung, ob ein Volksschulkind reif fürs Gymnasium ist oder nicht, "ist nicht mehr zeitgemäß", sagte Bildungsexperte Johann Engleitner. Wie die Studie zeige, seien Volksschulnoten nicht aussagekräftig. Zum Beispiel erbrachten Kinder, die nicht als reif für Gymnasium (=AHS) eingestuft waren, bei Orientierungsarbeiten zu Beginn der fünften Schulstufe in Mathematik annähernd die gleichen Ergebnisse wie schwächere Kinder in der ersten Klasse Gymnasium.

Die Studie zeige im gegenwärtigen Schulsystem Schwächen bei Exzellenz und Bildungsgerechtigkeit auf, erklärte Michael Schratz von der Universität Innsbruck. Die künftige gemeinsame Schule müsse personalisiertes Lernen, das Eingehen auf das Kind in seinen individuellen Bedürfnissen zum pädagogischen Schwerpunkt machen. Dazu bedürfe es aber einer Umorientierung bei den Lehrenden hin zur Teamarbeit. "Noch sind Lehrer eher

Einzelkünstler", sagte Schratz. Vorarlberg habe nun die einmalige Chance, zum Vorbild für ganz Österreich zu werden. Da vor allem die ländlichen Strukturen Baden- Württembergs jenen Vorarlbergs gleichen und man davon ausgehen kann, dass sich die vorarlbergischen Kinder und Jugendlichen nicht wesentlich von denen in Baden-Württemberg unterscheiden, sollten die Studienergebnisse und die daraus resultierenden Schritte der Bildungspolitik auch für Baden-Württemberg Anlass zum Nachdenken und Handeln sein.

Veränderung braucht Zeit

Die Vorarlberger Pläne bringen also eine Verkürzung der Gymnasialzeit um 4 Jahre zugunsten eines gemeinsamen Lernens. Der Schweizer Bildungsexperte Erwin Beck betonte: „Leider werden noch nicht alle Talente unserer Kinder gefördert.“ Freilich gehe es nun ans Eingemachte: „Ein Schulsystem zu ändern braucht Zeit.“ Begonnen wird die neue bildungspolitische Ära mit einer Geschäftsstelle im Bildungsressort der Landesregierung, die den Veränderungsprozess einleiten und begleiten soll. Ein Gremium, das Maßnahmen priorisieren soll, wird eingerichtet. Erste Vorarbeiten sind bereits auf Schiene: die gemeinsame Ausbildung von Lehrenden der Sekundarstufe I.

Faktenlage steht über Parteiideologie

Wie Parteiideologie und Wahltaktik zugunsten einer klaren Faktenlage über Bord geworfen werden kann, zeigt das parteiübergreifende Verhalten der vorarlbergischen Politiker/innen. Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) möchte „ideologische Scheuklappen in die Mottenkiste“ verbannen und will die Ergebnisse des Forschungsprojekts umsetzen. Wallner erläuterte: „Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass die politische Debatte in den ideologischen Schützengräben zu gar nichts geführt hat. Damit kommen wir keinen Millimeter weiter. Deshalb haben wir uns im Rahmen eines sehr tiefgehenden Forschungsprojekts über zwei Jahre Zeit gelassen, die Situation der Sekundarstufe I in Vorarlberg genau zu erheben und Empfehlungen für eine Weiterentwicklung zu erarbeiten. Ich habe sehr für dieses Forschungsprojekt gekämpft, weil wir dadurch die Chance haben aufzuzeigen, welche Veränderungen notwendig sind. Ich behaupte, dass sich in Österreich noch niemand so konkrete Gedanken in dieser Frage gemacht hat wie wir. Wir tun gut daran, die fundierten Empfehlungen der Expertinnen und Experten ernst zu nehmen. Dass nicht alle damit einverstanden sind – auch in der Partei –, ist mir natürlich bewusst. "

Gymnasiallehrerschaft wehrt sich

Heftige Kritik kam erwartungsgemäß vor allem aus den Gymnasien. Schnell wurde eine Initiative "Pro Gymnasium" gegründet. Obwohl es sich nicht um die Abschaffung des Gymnasiums, sondern um eine Verkürzung der Gymnasialzeit handelt, war der Aufschrei unter der Gymnasiallehrerschaft groß. Der Untergang des Abendlandes, wie es hiesige Philologen bei der Diskussion um ein längeres gemeinsames Lernen prophezeiten, wurde von den Vorarlberger Philologen allerdings nicht skizziert.

Gerhard Unterkofler, Vorsitzender der Gewerkschaft der Vorarlberger Pflichtschullehrer/innen, verteidigt die gemeinsame Schule gegen die Kritik von "Pro Gymnasium": „Wir leben in einer Zeit, in der überall von inklusiver Pädagogik gesprochen wird, da kann es doch wirklich nicht sein, dass sich die AHS-Unterstufe weiterhin die guten Schüler herauspicks und den Mittelschulen den ‚Rest‘ der Kinder überlässt. Trotzdem wird die AHS-Unterstufe von manchen gehätschelt und gepflegt, als ob sich die Zeit nicht

weiterentwickelt hätte. Das konservative und unsolidarische Weltbild des Personenkomitees "Pro Gymnasium" ist schon längst überholt", kritisiert Unterkofler. „Ich empfehle den Initiatoren, sich doch mal den Bregenzerwald anzuschauen. Dort gibt es mangels AHS-Unterstufe de facto eine Gemeinsame Schule, die bestens funktioniert und Schüler mit ausgezeichneten Leistungen hervorbringt.“

Erstaunliche Ausnahme: Österreich und Deutschland

Österreich, neben Deutschland der einziger Staat, der nach Klasse 4 auf eine äußere Differenzierung setzt, allerdings nur auf zwei Schularten AHS (= Gymnasium) und Hauptschule, hat seit Jahren mit ähnlichen Strukturproblemen wie Deutschland zu kämpfen. "Die enge Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft sowie der hohe Anteil der sogenannten Risikoschüler sind auch für Österreich charakteristisch", schreibt Johann Bacher, Leiter der empirischen Sozialforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz in „Effekte von Gesamtschulsystemen auf Testleistungen und Chancengleichheit" (WISO 2/2007) Im Übrigen erzeuge die hohe Attraktivität des Gymnasiums Creaming-Effekte, die insbesondere in Ballungsräumen die österreichische Hauptschule zur tendenziellen Restschule werden lasse.

Wenn Baden-Württemberg zurzeit auf das Zwei-Säulen-Modell hinarbeitet, strebt das Land das an, was Österreich fast 60 Jahre lang praktizierte und die Selektionsproblematik und Bildungsungerechtigkeit nicht gelöst hat. Karl Heinz Gruber, der Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Universität Wien lehrt, bringt es auf den Punkt: "Der Hauptgrund für das deutsche Streben nach Zweigliedrigkeit ist das Bemühen, die sozial und begabungsmäßig "abgesahnten" Hauptschulen in der zweiten, nichtgymnasialen Schulform zum Verschwinden zu bringen. Wie müßig die Hoffnung ist, durch die Zweigliedrigkeit die Probleme der sozialen Segregation und des Entstehens höchst problematischer Lernkulturen in städtischen Restschulen loszuwerden, hätten deutsche Bildungspolitiker in Österreich studieren können."

Warum nutzt Baden-Württemberg bei den jetzigen Entwicklungen nicht die jahrzehntelangen österreichischen Erfahrungen mit einem zweigliedrigen System? Ein System, das bisher nur Zukunftsvision und noch keinesfalls erkennbar ist. Das soll unsere Lösung sein?

Wäre für Baden-Württemberg ein Zwischenschritt über eine verlängerte Grundschulzeit auf 6 Jahre die vielleicht effektivere Maßnahme gewesen? Zumal sich in verschiedenen Elternumfragen die überwiegende Mehrheit sich für ein längeres gemeinsames Lernen zumindest bis Klasse 6 ausspricht. Vielleicht wäre dies der Weg für eine schonende Transformation des deutschen Schulsystems, um zu einem international konkurrenzfähigen integrierten Schulwesen zu gelangen.

Bernd Dieng,

1. Vorstand des Vereins „Länger gemeinsam Lernen - Baden-Württemberg“

Kurzfassung des Forschungsberichts:

<http://phv.www4.vobs.at>

Hintergrund

In knapp einem halben Jahr ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. Nicht selten verlassen Parteien aus wahl- und parteitaktischen Gründen die Fakten- und Sachebene. Stattdessen wird oftmals polemisiert und instrumentalisiert - zum Schaden der Sache.

Die Oppositionsparteien CDU und FDP bezeichnen ihr jahrzehntelang hochgehaltenes gegliederte Schulsystem als erfolgreich, ohne den längst überfälligen und dringend notwendigen Änderungsbedarf zu erkennen. Im immer noch aktuellen Schulentwicklungsgutachten zeigen Holger & Tino Bargel (Aufbruch statt Abriss. Gutachten zur regionalen Schulentwicklung, Stuttgart 2010), dass mit dem bestehenden stark gegliederten Schulsystem der ländliche Raum in aller Regel keine Schule mehr nach Klasse 4 haben wird. Wohnortnahe Schulen sind nachweislich nur mit einer integrierten Sekundarstufe 1 zu halten, d. h. mit einer Schule, die unterschiedliche Abschlüsse, die ein längeres gemeinsames Lernen anbietet. Trotzdem beharren beide Oppositionsparteien auf eine äußere Differenzierung der Schüler/innen in verschiedene Schularten.

Erstaunlicherweise gilt diese Haltung erst ab Klasse 4. Sie gehen dabei von zwei pädagogisch unsinnigen Annahmen aus: 1. Schüler lernen im Gleichschritt am besten. 2. Man muss Kinder nach bestimmten Merkmalen dauerhaft gruppieren und einsortieren. Neuester Vorschlag der CDU: Nach der Trennung der Schüler/innen ab Klasse 4 sollen die Kinder in der Realschule und der Gemeinschaftsschule ab Klasse 6 noch einmal in einen Hauptschul- und einen Realschulzug getrennt werden. Eine innere Differenzierung, also ein gemeinsames individualisiertes Lernen wie es in der Grundschule und von vielen Staaten auch in der Sekundarstufe 1 seit Jahren mit guten Leistungsergebnissen umgesetzt und praktiziert wird, ist den Oppositionsparteien für die Sekundarstufe nicht vorstellbar.

Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufgrund der frühen Trennung der Kinder auf verschiedene Schularten wird einfach ignoriert. „Die Frage nach fairen Bildungschancen ist eine Schicksalsfrage für die Zukunft unseres Landes. Wir brauchen ein Bildungssystem, das einbezieht.“ Diese Aussage von Dr. Johannes Meier, ehemaliges Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, teilen viele Bildungsexpert/innen. Etwas pointierter ausgedrückt: Diese Bildungsungerechtigkeit ist ein Skandal!

Grüne und SPD haben die Bildungsgerechtigkeit als klares Ziel in ihrem Programm. Erreicht werden soll es über ein Zweisäulenmodell, d.h. über eine Zusammenführung der vielen Schularten in letztendlich zwei Schularten. Ob dieses Konzept zielführend ist, muss aufgrund internationaler Erfahrungen stark bezweifelt werden. Wie der nebenstehende Artikel verdeutlicht, hat es auch in Österreich nicht funktioniert. Außerdem wird mit der Gemeinschaftsschule eine integrierte Schulform lediglich als weitere Schulart neben einem gegliederten System implementiert.

Eine integrierte Schule kann ihre Vorteile neben einem parallel existierenden selektiven System nicht entfalten. Es tritt der sogenannte „Creaming-Effekt“ ein. So wird das Abschöpfen der leistungsfähigsten Mitglieder einer Gruppe wird bezeichnet. Im gegliederten System werden die leistungsfähigen Kinder abgeschöpft und das integrierte System erreicht nicht die notwendige Durchmischung eines Jahrgangs.

Wir laufen Gefahr, in der Aufteilung der Schülerschaft in Schularten, in der „äußeren Differenzierung“ des gegliederten Systems mit all seinen Sortierungsproblematiken zu verharren. In Baden-Württemberg zeichnet sich sogar derzeit eine weitere Segmentierung der Sekundarstufe eins (Kl. 5-10) ab:

Neben den bisher bestehenden Schularten (Hauptschule, Werkrealschule, Realschule, Gymnasium G8, Berufsfachschulen, Förderschulen) kamen weitere hinzu: Gymnasium G 9 Versuche, 6 jährige berufliche Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Die empirische Bildungsforschung vor und nach PISA hat gezeigt: Je mehr Schulformen in der Sekundarstufe eins angeboten werden, desto stärker bilden sich Prozesse der Hierarchisierung und der Selektion heraus. Je vielgliedriger die Schulstruktur ist, desto größeren Einfluss hat die soziale Herkunft auf die Bildungschancen. Diese Abhängigkeit zu überwinden ist aber ein erklärtes Ziel der Landesregierung.

Längeres gemeinsames Lernen ist internationaler Standard

In den letzten 40 Jahren haben fast alle Staaten, die ein gegliedertes Schulsystem in der Sekundarstufe 1 praktizierten, auf längeres gemeinsames Lernen umgestellt, und das **immer flächendeckend**. Sie sind dem wichtigen didaktischen Grundsatz "Kinder lernen in erster Linie von Kindern" gefolgt und haben sich gegen eine frühe soziale Entmischung und für ein längeres gemeinsames Lernen mit Binnendifferenzierung entschieden. Kein Staat beschrift den umgekehrten Weg. Wenn unser gegliedertes System international erfolgreich wäre, hätte es längst Nachahmer.

Im Gegensatz zu den vielen Staaten, hätten wir bei einer Umstellung den großen Vorteil, auf einen großen internationalen Erfahrungsschatz gut funktionierender integrierter Systeme zurückgreifen zu können. Erfolgreich waren jene Staaten, die erkannt haben, dass diese Strukturreform ein Türöffner ist für weitere notwendige Veränderungen vor allem in Richtung einer Unterrichtskultur mit individueller Förderung.

Nicht alle, aber viele Staaten mit integrierten Schulsystemen arbeiten außerordentlich erfolgreich. Alle internationalen Schulleistungsstudien haben gezeigt: "Es gibt weltweit kein früh sortierendes Schulsystem, das in den beiden entscheidenden Bereichen Leistung und Bildungsgerechtigkeit Spitzenergebnisse liefert. Das schaffen nur die Staaten, die ein gutes längeres gemeinsames Lernen praktizieren.

Bernd Dieng

1. Vorstand des Vereins "Länger gemeinsam Lernen Baden-Württemberg" e. V.